

Regeln für den Raps

Flüssige Biomasse wie Pflanzenöl muss seit diesem Jahr ökologische Anforderungen erfüllen

Der Ruf von Biokraftstoffen hat in den vergangenen Jahren gelitten. Dies liegt vor allem daran, dass beim Anbau von Pflanzen Ökologie und Nachhaltigkeit oft vernachlässigt wurden. Sei es in Südamerika, wo Urwald abgeholzt wurde, um Ölpalmen Platz zu machen, oder auch in Europa, wo ebenfalls ökologisch wertvolle Flächen vernichtet wurden. Eine EU Richtlinie führt nun ökologische Kriterien ein. In Deutschland könnte nachhaltige Biomasse am Jahresende damit zur Mangelware werden.

Grund hierfür ist die neue gesetzliche Anforderung der Bundesregierung für Biostrom und Biokraftstoffe, die zum 1.

Januar 2011 in Kraft tritt. Danach dürfen Betreiber, die flüssige Biomasse wie Ethanol, Methanol oder Pflanzenöl zur Stromerzeugung einsetzen, Vergütungen nach dem Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) nur noch erhalten, wenn Nachhaltigkeitskriterien in Anbau, Verarbeitung und Transport erfüllt werden. Ähnliches gilt für die Anrechnung auf die Biokraftstoffquote. Für die Branche sind die erhöhten Anforderungen von großer Bedeutung: Seit dem 1. Januar 2007 ist die Mineralölgewirtschaft verpflichtet, Benzin und Diesel mit Biokraftstoff anzureichern. Bei Diesel liegt der Anteil bei 4,4 Prozent, bei Ottokraftstoff derzeit bei 3,6

Prozent. Werden die Vorgaben unterschritten, droht eine Geldstrafe.

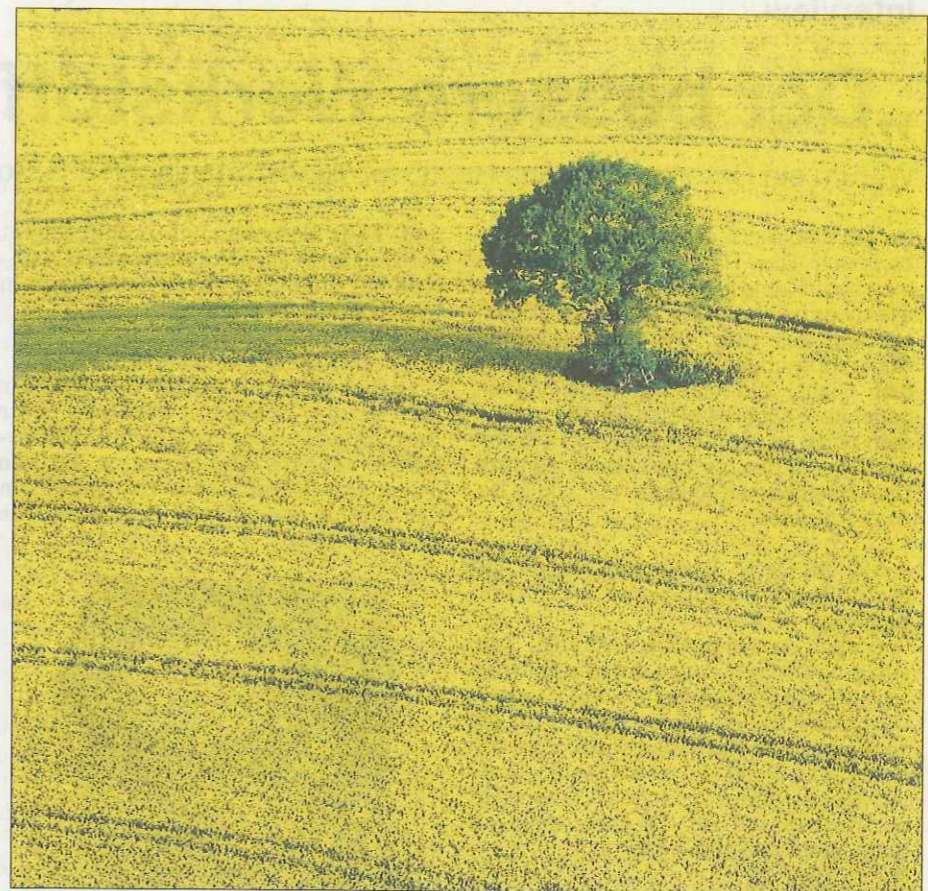
Ursprünglich sollte das Nachweisverfahren bereits zum 1. Juli 2010 in Kraft treten – Landwirte und Industrieverbände hatten jedoch einen Aufschub verlangt. „Dies war notwendig, um den Herstellern ausreichend Zeit für die Umstellung ihrer Systeme einzuräumen“, heißt es aus dem zuständigen Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Eine abschließende Bewertung der Fristverschiebung lasse sich allerdings frühestens Mitte Oktober vornehmen, wenn klar sei, wie viele Hersteller in der Lage sein werden,

Nachhaltigkeitsnachweise auszustellen. Die vor kurzem abgeschlossene Ernte ist allerdings bereits von der gesetzlichen Neuerung betroffen. „Soll Biomasse aus der Ernte 2010 ab Januar 2011 im gesetzlich geregelten Bereich Bioenergie eingesetzt werden, muss sie bereits in diesem Jahr alle Nachhaltigkeitskriterien erfüllen“, sagt Matthias Nickel, Referatsleiter bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Hinzu kommt, dass der Import von Biomasse oder Biokraftstoffen ebenfalls von der Regelung betroffen ist.

„Das größere Zeitfenster bietet zwar die Gelegenheit für eine sorgfältigere Vorbereitung, dennoch befürchten wir, dass es zu Engpässen kommt“, sagt Eric Werner-Korall, Produktmanager EEG/Biomasse bei der Deutschen Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen (DQS). Dies liege vor allem daran, dass sich viele Betriebe „erst im Herbst zu den Zertifizierungsaudits anmelden und die Termine knapp werden könnten“. DQS ist eine von mittlerweile 20 Zertifizierungsstellen, die von der BLE zugelassen wurden. Sie sollen die Einhaltung der Nachhaltigkeitsverordnungen auf allen Stufen der Herstellung, Verarbeitung und Lieferung sicherstellen.

Deutschland ist bisher das einzige Mitgliedsland der Europäischen Union, das die EU-Richtlinie zur Förderung Erneuerbarer Energien (2009/28/EG) in nationales Recht umgesetzt hat. Bereits im Juli 2009 war die Nachhaltigkeitsverordnung zur Erzeugung von Strom aus flüssiger Biomasse (BioSt-NachV) erlassen worden, zwei Monate später folgte mit der Biokraft-NachV eine Verordnung, die den Einsatz von Biokraftstoffen als Treibstoff regelt. Dazu gehören alle Formen flüssiger Biomasse, vor allem: Pflanzenöle aus Raps-, Soja- und Palmöl sowie flüssige und gasförmige Biokraftstoffe wie Biodiesel und Biogas. Nachgewiesen werden muss unter anderem, dass der Anbau keine ökologisch wertvollen Flächen zerstört und der Einsatz von Bioenergie gegenüber fossilen Energieträgern aktuell mindestens 35 Prozent weniger Treibhausgase freisetzt. Die Vorgaben sollen stufenweise verschärft werden.

Die meisten EU-Staaten lassen sich bei der Umsetzung bis zum kommenden Jahr Zeit, was dazu führen könnte, dass die Europäische Kommission ein Ver-



Soll aus Pflanzenölen Energie gewonnen werden, müssen diese nachhaltig angebaut, verarbeitet und transportiert werden.

Foto: dpa

tragsverletzungsfahren einleiten wird. Verbände und Unternehmen in Deutschland hätten dies aber gerne in Kauf genommen, wenn sie dadurch mehr Zeit gehabt hätten, sich auf die neue Gesetzeslage einzustellen. „Es ist absehbar, dass es zum Jahresende eine große Differenz zwischen Nachfrage und Angebot an nachhaltig zertifizierter Ware geben wird“,

Viele Unternehmen erfüllen die gesetzlichen Vorgaben noch nicht

sagt Petra Sprick, Geschäftsführerin des Verbandes der Ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID). „Die Mineralölindustrie braucht einen Vorlauf von knapp zwei Monaten, sodass bereits ab Ende Oktober zertifizierte Ware von unseren Herstellern geliefert werden muss.“

35 Auditoren sind derzeit allein bei DQS damit beschäftigt, um die Unternehmen auf den Prozess vorzubereiten. Pro Audit benötigen sie in der Regel zwei Ta-

ge. „Wichtig für alle vor der Zertifizierung stehenden Betriebe ist vor allem, dass sie über die zugelassenen Verfahren umfassend informiert sind und Details zu den Anforderungen an Herkunft und Weitergabe der Biomasse oder zur Massenbilanzierung und Treibhausgasberechnung kennen“, sagt Korall.

„Um die Beimischung von Biodiesel in Deutschland zu gewährleisten, wäre eine nahezu vollständige Zertifizierung der deutschen Rapsenernte in Höhe von 5,6 Millionen Tonnen nötig, da systembedingt keine zertifizierten Rapsimporte zu erwarten sind“, sagt Sprick. Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass etliche Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben nicht erfüllen können und so zusätzliche finanzielle Belastungen auf sie zu kommen. „Letztlich werden die Verbraucher die Kosten tragen“, befürchtet der energiepolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Hans Josef Fell. Aus seiner Sichte habe die Bundesregierung unnötig viel Zeit verstreichen lassen, um klare Vorgaben für die Zertifizierung nachhaltig erzeugter Bioenergien festzulegen.

Holger Pauler

ENERGIE

Eine Beilage der Süddeutschen Zeitung

Mittwoch, 29. September 2010 / Süddeutsche Zeitung Nr. 225